

# Presseinformation



*Es gilt das gesprochene Wort!*

TOP 47 – Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Marret Bohn:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 063.19 / 14.02.2019**

## **Wichtige Impulse der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten hat ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017 vorgelegt. Sie spricht Klartext und sie übt Kritik. Sie ist Anwältin für diejenigen, die alleine nicht durch den Dschungel des Sozialrechtes finden. Und das werden immer mehr. Im Namen der Grünen Fraktion bedanke ich mich sehr herzlich bei Samiah El Samadoni und ihrem Team. Wir unterstützen die unverzichtbare Arbeit der Bürgerbeauftragten sehr gerne.

Die Probleme, auf die sie aufmerksam macht, sind allerdings nicht neu. 3477 Petitionen gingen bei ihr ein. Probleme mit der gesetzlichen Krankenversicherung und dem SGB II waren leider wieder sehr häufig vertreten. Aber auch Landesthemen spielen eine zentrale Rolle: Schulbegleitung und Schulassistenz oder Kinderbetreuung und Schülerbeförderungskosten.

Ein Beispiel aus dem fast 100 Seiten langen Bericht macht mich schon sehr nachdenklich. Ein achtjähriger Junge leidet unter Diabetes Typ 1 und dem Asperger Syndrom. Er hat einen Grad der Behinderung von 50 und den Pflegegrad zwei. Seine Klasse fährt nach Föhr. Er möchte natürlich mit. Der Kreis lehnt die Schulbegleitung ab. Die Krankenkasse kommt nur für die medizinische Unterstützung auf. Ein endloses hin und her nimmt seinen Lauf. Unzumutbar für den Jungen und seine Eltern. Dass die Krankenversicherung am Ende alle Kosten übernimmt und die Teilnahme ermöglicht, ist Kulanz.

Ich würde mich freuen, wenn wir die Anregungen der Bürgerbeauftragten miteinander beraten und daraus konkrete Initiativen ableiten würden. Und das gilt nicht nur für unser Jamaika-Bündnis. Das Engagement der Bürgerbeauftragten und ihrer Mitarbeiter\*innen

ist für die Menschen in Schleswig-Holstein unersetzlich. Das macht der vorliegende Bericht einmal mehr deutlich. Dieser Tätigkeitsbericht mit mehr als 100 Seiten ist eine Mahnung. Eine Mahnung, die Menschlichkeit nicht zu vergessen. Eine Mahnung, Sozialrecht für die Menschen wieder nachvollziehbar zu machen. Es soll Probleme lösen und nicht schaffen.

Gesetze sind für Menschen gemacht, nicht für Behörden. Sie müssen einfach und verständlich sein. Ihre Anwendung muss mit Augenmaß und im Interesse der Berechtigten stattfinden. Der Bericht ist auch eine Mahnung an die Politik, dass es Lücken im sozialen Netz gibt. Der Auftrag für uns alle ist es, diese Lücken zu schließen.

\*\*\*